



Einführung

durch Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback

in den Vortrag des

Generalbundesanwalts Dr. Peter Frank

zum Thema

„Sicherheit in Zeiten des Terrorismus“

am 27. April 2017 in der

Bayerischen Vertretung in Berlin

Übersicht

- I. Begrüßung/Dank an GBA
- II. Einleitung: Sicherheitslage in Europa
- III. Antwort des Rechtsstaats: 3 Kernelemente
 1. Personal
 2. Strukturen
 3. Werkzeuge
 - a) Freiheit und Sicherheit
 - b) bayerische Forderungen bzgl. Reformen (VDS, TKÜ, DNA-Analyse etc)
- IV. Schluss

Es gilt das gesprochene Wort

Begrüßung

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es freut mich sehr, dass Sie heute Abend so zahlreich erschienen sind! Ich **begrüße Sie alle sehr herzlich** hier in unserer Bayerischen Vertretung.

Zunächst einmal darf ich Ihnen,

sehr geehrter Herr Generalbundesanwalt,
lieber Herr Dr. Frank,

herzlich danken, dass Sie da sind und für uns die **Fragen rund um das Thema "Sicherheit in Zeiten des Terrorismus" beleuchten** werden. Ich freue mich schon sehr auf Ihren Vortrag!

Im Publikum darf ich zunächst den **Parlamentarischen Staatssekretär** bei der Bundesministerin der Verteidigung, Herrn Abgeordneten **Markus Grübel** begrüßen - schön, dass Sie da sind!

Ebenso herzlich begrüße ich die **weiteren Damen und Herren Bundestagsabgeordneten** - in alphabetischer Reihenfolge:

Uli Grötsch,
Alexander Hoffmann,
Karl Holmeier,
Dirk Hoppenstedt,
Ulrich Lange,
Barbara Lanzinger,
Silke Launert,
Andrea Lindholz,
Gisela Manderla,
Reiner Meier,
Ingo Wellenreuther,
Barbara Woltmann und
Gudrun Zollner!

Es freut mich sehr, dass Sie es einrichten
konnten!

Des Weiteren darf ich Sie willkommen heißen,

verehrte **Vertreter der Geistlichkeit,**

sehr geehrte **Vertreter des konsularischen Korps,**

sowie Herrn **Polizeipräsidenten Kandt.**

Ich begrüße die **Vertreter der Presse** sowie alle **Gäste aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung.**

Einleitung

Namentlich ansprechen darf ich schließlich -
gewissermaßen als Hausherrn bzw. Hausherrin
- Sie,

sehr geehrter **Herr Dr. Jungk**,
sehr geehrte **Frau Dr. Schumacher**.

Vielen Dank an Sie und Ihr Team für die wie
gewohnt hervorragende Organisation dieser
Veranstaltung!

kurze Sprechpause

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

man muss es in aller Deutlichkeit sagen: Unser
Rechtsstaat steht vor **gewaltigen**
Herausforderungen.

Der **internationale Terrorismus** ist mit den furchtbaren Anschlägen in Würzburg, Ansbach und hier in Berlin endgültig bei uns angekommen.

Die Anschläge von Paris, Brüssel und Nizza - so schrecklich diese waren - stellen sich aus der Retrospektive betrachtet **lediglich als Vorboten dar**. Die Liste derartiger Verbrechen in Europa wird leider immer schneller immer länger - vor Kurzem erst traf es London und Stockholm.

Die Terroristen trachten dabei **nicht nur unschuldigen Menschen nach dem Leben** - vielmehr greifen sie den gesamten **westlichen Lebensstil** und unsere **Lebensqualität** an.

Es dürfte kein Zufall sein, dass sich der Anschlag am Breitscheidplatz hier in Berlin auf einem **Weihnachtsmarkt** ereignet hat.

Anrede!

Antwort des
Rechtsstaats

(am 10. April 2017)

Wir stehen vor einer enormen Herausforderung!

Darauf muss der Rechtsstaat eine deutliche und entschlossene Antwort parat haben. Er muss stark und präsent sein! Dafür braucht es aus meiner Sicht **drei Kernelemente**:

Erstens: **ausreichendes Personal**.

Zweitens: **schlagkräftige Strukturen**.

Drittens: das **passende Werkzeug**.

Es ist eine zentrale Aufgabe der Politik, für diese Kernelemente zu sorgen. Der Staat **muss** den Menschen **Sicherheit geben**. Sonst **verlieren sie das Vertrauen in ihn!**

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter **Udo di Fabio** hat dies kürzlich im Rahmen eines Interviews mit der "Welt" so umschrieben: Wenn der Staat die Sicherheit **nicht mehr flächendeckend garantieren kann**, würde der Bürger letztlich **"die Systemfrage" stellen**.

Personal

Zum Stichwort **Personal**: Mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 sorgen wir in Bayern erneut für mehr **Personal**. Die Justiz erhält allein für die Gerichte und Staatsanwaltschaften noch einmal **130 neue Stellen**.

Einen Großteil davon verwenden wir für **die Extremismusbekämpfung**.

Strukturen

Stichwort **Strukturen**: Ich habe zu Beginn des Jahres bei der Generalstaatsanwaltschaft München die "**Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus**", kurz *ZET*, eingerichtet.

Und unsere **Zentralstelle Cybercrime in Bamberg** wird erheblich verstärkt - bis Herbst 2018 soll sie um 24 Experten wachsen. Hierdurch bauen wir die **Fachkompetenz für Ermittlungen im Internet** deutlich aus.

Das sind **wichtige strukturelle Maßnahmen** als Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit!

Werkzeug

Kommen wir zur dritten These: Die Strafverfolgungsbehörden brauchen das **passende Handwerkszeug**. Hier können die Länder **nicht alleine handeln**. Hier ist der **Bund gefragt**.

Es stellt sich hier insbesondere die Frage:

Wie kann der **Rechtsstaat reagieren** auf das **weltweite Erstarren des Extremismus**;

auf **neue Kriminalitätsformen** wie **Cyberkriminalität**;

auf ein durch **neue Technologien geprägtes, geändertes Kommunikationsverhalten**?

Dem Ruf nach **angemessenen und zeitgerechten Befugnissen** für die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden wird oft pauschal entgegengehalten: Damit würde man die **Freiheit** - ein Kernmerkmal unseres demokratischen Rechtsstaates - **auf dem Altar der Sicherheit opfern.**

Darauf darf ich mit einem Satz des großen Staatsmannes und Philosophen **Wilhelm von Humboldt** erwidern, den dieser vor über 200 Jahren geprägt hat.

"Ohne Sicherheit ist keine Freiheit."

Oder anders gesagt: Freiheit ist wertlos, wenn die Menschen sie mangels Sicherheit **nicht ausleben können!**

Anrede!

Unser **Rechtsstaat darf nicht tolerieren**, dass auch schwerste Straftaten **folgenlos bleiben**, weil die Täter mangels hinreichender Befugnisse der staatlichen Organe **nicht ermittelt werden können!**

Wir müssen unseren Strafverfolgungsbehörden das **erforderliche Handwerkszeug zur Verfügung stellen.**

Wir dürfen unsere Ermittler **nicht blind halten**, sondern müssen ihnen ermöglichen, den **Tätern auf Augenhöhe zu begegnen!** Und das geht in unserer modernen Welt eben **nicht mit Werkzeugen aus der Steinzeit!**

Bayern hat hier wiederholt Forderungen gegenüber dem Bund erhoben. Ein Großteil dieser Forderungen findet sich bereits in den Sicherheitskonzepten der Bayerischen Staatsregierung vom 28. Juli 2016 - *"Sicherheit durch Stärke"* - und 10. Januar 2017 - *"Freiheit und Sicherheit durch Recht und Ordnung"*.

Ein Teil der Forderungen wurde erfreulicherweise auf Bundesebene **bereits aufgegriffen**. Ich denke da etwa an die **Elektronische Aufenthaltsüberwachung** - im Volksmund als elektronische Fußfessel bezeichnet - für verurteilte Extremisten, von denen weiterhin eine Gefahr ausgeht.

Und es zeichnet sich ab: Auch auf bayerischen Druck hin wird die **Strafbarkeit des Wohnungseinbruchsdiebstahls** verschärft. Und die **Ermittlungsbefugnisse** für diese Fälle müssen verbessert werden. Eine wichtige und notwendige Reform!

Weitere Kernpunkte der bayerischen Forderungen, die insbesondere auf die Ertüchtigung der strafprozessualen Ermittlungsbefugnisse abstellen, haben wir letzten Monat in einem **Entschließungsantrag in den Bundesrat** eingebracht.

Dabei geht es uns zum einen um die **Verkehrsdatenspeicherung bzw. -erhebung** - ein unverzichtbares Instrument, um Gehilfen, Unterstützer oder Hintermänner eines Täters zu ermitteln. Hier brauchen wir endlich eine **praxisgerechte Ausgestaltung der Regelungen!**

Wir müssen auch die Anbieter von E-Mail- und Messenger-Diensten und die Sozialen Medien zur Speicherung der Verkehrsdaten verpflichten. Wir brauchen eine **Verlängerung der Speicherfrist** auf sechs Monate, um gerade bei der Verfolgung von Extremismus und Terrorismus an Hintermänner und Netzwerke heranzukommen.

Und: Wir müssen hier den **Straftatenkatalog** erweitern. Denn: Wie soll man den Menschen erklären, dass bei **Terrorismusfinanzierung** zwar eine akustische Wohnraumüberwachung möglich ist; dass aber das Gesetz es unseren Staatsanwälten nicht erlaubt, Verkehrsdaten zu erheben - also nur, wer wann mit wem kommuniziert hat?

Ein weiterer Punkt: Wir müssen endlich die Voraussetzungen für die **sogenannte Quellen-TKÜ** schaffen!

Die digitale und immer öfter verschlüsselte Kommunikation über WhatsApp, Skype & Co. gehört für uns heute zum Alltag.

Daher ist es **unerträglich**, dass unsere Strafverfolger auf diesem Ohr auch bei schwersten Straftaten "taub" sein sollen. Wir brauchen auch hier effektive Werkzeuge - insbesondere die **Möglichkeiten der Online-Durchsuchung und des verdeckten Zugriffs auf Daten, die bei Cloud-Diensten gespeichert sind.**

Außerdem müssen wir bei der **DNA-Analyse** mit der Zeit gehen - u. a. durch eine Gleichstellung von "genetischem" und "herkömmlichem" Fingerabdruck.

Schluss

Anrede!

Ich bin davon **überzeugt**, dass die aufgezeigten Reformen angesichts der Sicherheitslage **notwendig sind**.

Es geht darum, unseren Staatsanwälten einen Instrumentenkoffer an die Hand zu geben, der **"auf der Höhe der Zeit ist."**

Ich freue mich sehr, dass wir mit Herrn Generalbundesanwalt Dr. Frank heute einen **"ganz besonderen Staatsanwalt"** hier begrüßen dürfen.

Wer könnte ein **besserer Gesprächspartner** zum Thema "Sicherheit in Zeiten des Terrorismus" sein, als der Leiter der obersten Strafverfolgungsbehörde der Bundesrepublik auf dem Gebiet des Staatsschutzes?

Nochmals **vielen Dank, dass Sie da sind,**

lieber Herr Dr. Frank -

ich darf Ihnen nun das Wort erteilen.